

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 20.06.2008
	Schriftführung Willi Schmitz
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Donnerstag, 12. Juni 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 16:00 Uhr - 17:54 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.04.2008 - öffentlicher Teil-
349/2008**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Haltestelle Kippekausen - Friedhof
350/2008**
- 7. Straßenausbau Am Lindenhof
370/2008**
- 8 a. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen Bergisch Gladbach"
351/2008**

- 8 b. Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das wirtschaftsjahr 2006**
352/2008
- 9 a. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
353/2008
- 9 b. Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2006**
354/2008
- 10. Erweiterung Friedhof Herkenrath**
369/2008
- 11. I. Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
355/2008
- 12. Straßenausbau Am Grünen Weiher**
356/2008
- 13. Straßenausbau Herkenfelder Weg, Teil 2**
357/2008
- 14. Ausbau des Weges entlang der Häuser Burgplatz 6 a - 6 k mit Anbindung an die Straße Kippekausen**
358/2008
- 15. Ausbau der Haltestelle Alte Post in Richtung Moitzfeld**
359/2008
- 16. Umbau der Einmündung Broicher Straße im Bereich der Häuser 2 a und 8, Ergänzung der Gehweges zwischen den Häusern 1 und 9**
360/2008
- 17. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDinitiative, Eingang 30.01.2008, zur Ausgestaltung des Dorfplatzes in Schildgen**
361/2008
- 18. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2008, die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen ggf. mit Fördermitteln ein nachhaltiges Energiekonzept für die Stadt Bergisch Gladbach zu initiieren**
362/2008
- 19. Antrag der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 zum Umbau der Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße**
363/2008
- 20. Antrag der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 zu Änderungen im Bereich Fußweg**

Peter-Bürding-Platz zur Stadtbahn Linie 1
364/2008

21. **Antrag der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 zur Erweiterung/zum Neubau einer Parkfläche im Bereich obere Hauptstraße**
368/2008
22. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.04.2008 - nichtöffentlicher Teil -**
365/2008
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
5. **Präsentation KUA zu sowie weitere Vorgehensweise zu § 61 a LWG**
366/2008
6. **Austausch von erneuerungsbedürftigen Parkscheinautomaten**
367/2008
7. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Thomas Cüpper, begrüßt alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Ausschusses im Jahr 2008. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde, ferner sei der Ausschuss beschlussfähig.

Herr Lang möchte wissen, warum der Tagesordnungspunkt B 6 im nichtöffentlichen Teil behandelt werde, da die Informationen seiner Ansicht durchaus für die Öffentlichkeit von Interesse seien. Er beantragt daher, diesen Punkt in den öffentlichen Teil vorzuziehen.

Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass unter diesem Tagesordnungspunkt wahrscheinlich Informationen mitgeteilt würden, die nichtöffentlich zu behandeln seien. Darüber hinaus sehe die Geschäftsordnung keine Abstimmung über derartige Verschiebung vor.

Auf Nachfrage von Herrn Lang sagt der Vorsitzende zu, eine Prüfung dahingehend vorzunehmen, wonach die für die Öffentlichkeit bestimmten Argumente im öffentlichen Teil behandelt werden, während die übrigen Aspekte wie geplant im nichtöffentlichen Teil besprochen werden.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@-> Herr Lang verliest die beiden - als Anlage zur Niederschrift dieser Sitzung beigefügten – Schreiben mit einigen Anmerkungen seinerseits bzw. Ergänzungen zur Niederschrift aus der letzten Sitzung (*hierzu beigefügter Auszug aus der Geschäftsordnung des Rates als Anlage beigefügt.*).

Seitens des Vorsitzenden wird zugesagt, diese Schreiben als Anlage zur Niederschrift aufzunehmen.

Darüber hinaus bittet Herr Dr. Fischer, seine etwas missverständliche Äußerung in der Niederschrift aus der letzten Sitzung auf Seite 18, vorletzter Absatz, dritt- und zweitletzter Satz wie folgt abzuändern: „Durch den Bezug von Öko-Strom werde im Übrigen der Öko-Strom Anteil bundesweit nicht beeinflusst und deshalb werde kein Einfluss auf den Klimaschutz erreicht.“

Im Übrigen wird die Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 10.04.2008 – öffentlicher Teil – einstimmig genehmigt.

<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.04.2008 - öffentlicher Teil-**

@-> Der Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.04.2008 – öffentlicher Teil – wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

@-> Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

<-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@-> Herr Schmickler weist darauf hin, dass für diese Sitzung des Ausschusses eine Reihe von Anträgen und Anfragen eingegangen seien, die jedoch nur zum Teil auf die Tagesordnung genommen wurden. So konnten die Anträge bzw. Anfragen der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 zum:

- Parken mit Parkschein im Bereich Siebenmorgen 39 – 47,
- zur Einführung des absoluten Halteverbots auf der Straße Siebenmorgen von der Einmündung Kirchplatz bis Bertram-Blank-Straße,
- zur Öffnung der Busspuren für Taxen sowie
- zur Verkehrssicherheit in der Fußgängerzone Bensberg

durch den zuständigen Fachbereich 3 aufgrund der derzeitigen Vakanz der Stelle von Herrn Marx sowie aufgrund der noch einzuholenden Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (hier insbesondere der Polizei) nicht so abschließend geprüft werden. Er geht davon aus, dass die Verwaltung zu diesen Anträgen in der kommenden Sitzung des AUIV am 11.09.2008 Vorlagen erstellt.

Des Weiteren sei der Verwaltung ein Antrag der Stadtratsfraktion BfBB zugeleitet worden, in der diese beantragt, das Verkehrszeichen „30 km/h“ entsprechend der Markierung in der Straße „In der Auen“ auf die Fahrbahn aller Straßen im Stadtgebiet aufbringen zu lassen, für die diese Geschwindigkeitsbegrenzung angeordnet sei. Auch hierfür werde die Verwaltung für die Sitzung des AUIV am 11.09.2008 eine entsprechende Vorlage erstellen.

Entsprechendes gilt für den Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2008 zur Situation am Kahnweiher in Refrath, der vom Hauptausschuss ohne Aussprache an den AUIV verwiesen wurde.

Ergänzend erklärt Herr Kremer, dass durch den Landesbetrieb Straßen NRW signalisiert worden sei, mit dem Bau der Querungshilfe Unterboschbach auf der L 270 in Kürze zu beginnen. Darüber hinaus habe der Kreis die Zuständigkeit für den Fall des zu Tage getretenen Wassers in der Albert-Schweitzer-Straße übernommen, um dort entsprechende Messungen durchzuführen. Er sagt zu, den Ausschuss über die nach Abschluss der Untersuchungen über die Ergebnisse zu unterrichten.

<-@

6 **Haltestelle Kippekausen - Friedhof**

@-> Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

7

Straßenbau Am Lindenhof

@-> Herr Lang beantragt für seine Fraktion die Umwandlung dieser Mitteilungsvorlage in eine Beschlussvorlage, wonach die Verwaltung verpflichtet werde, ihrer Verkehrssicherungspflicht zu genügen und den Wendehammer umgehend in Ordnung zu bringen. Er begründet dies damit, dass die Stadt ihre Straßen „verkommen“ ließe. Der Verwaltung falle daher seit einiger Zeit eine neue Art der Abzockerei ein. Da für die reine Instandsetzung keine Beiträge erhoben werden dürften, schlage sie immer wieder vor, Straßen über das notwendige Maß hinaus auszubauen und somit Beitragspflichten auszulösen. Hiergegen habe man stets Bedenken angemeldet. Im vorliegenden Fall habe die Verwaltung versucht, durch die Verhandlungen mit den Anliegern Prozesse zu vermeiden. Jedoch hätten sich die Bürger erkennbar nicht über den Tisch ziehen lassen. Auch habe die Verwaltung dem Ausschuss notwendige Informationen aus den Verträgen vorenthalten. Er zitiert entsprechende Passagen aus den Vereinbarungen mit den Anliegern. Seiner Ansicht nach sei daraus zu entnehmen, dass die Stadt mehr ausbaut als notwendig, um eine Beitragspflicht für die Anlieger auszulösen. Man sei nach einer Ortsbesichtigung davon überzeugt, dass der Stadt Schadensersatzansprüche drohen, wenn nicht sofort etwas geschehe. Soweit die Verwaltung nicht bereit sei, seinem Vorschlag zu folgen, werde man selbst bei der Versicherung nachfragen, ob Schäden auch dann übernommen werden, wenn diese vorsätzlich verursacht worden seien.

Nach Ansicht von Herrn Schmickler sei die Art und Weise, wie Herr Lang den Sachverhalt verdrehe, unerträglich. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung hinsichtlich der Straßenschäden Vorsatz zu unterstellen, sei eine Unverschämtheit. Es sei hinlänglich bekannt, dass seit Jahren keine ausreichenden Mittel für die Unterhaltung der Straßen bereitgestellt werden könnten. Darüber hinaus hätten die Gerichte die Vorgehensweise der Stadt bei einer Beitragserhebung in nahezu allen Fällen bestätigt. Auch sei es in den meisten Fällen nicht wirtschaftlich, eine Straße wie die Straße Am Lindenhof auf Kosten der allgemeinen Steuerzahler instand zusetzen, vielmehr mache es Sinn, diese Straße jetzt auf Kosten der Grundstückseigentümer in einen ordentlichen Zustand zu versetzen, um so für die nächsten Jahre die Unterhaltungsaufwendungen auf ein normales Maß zu senken.

Auch Herr Kremer weist in diesem Fall darauf hin, dass es sich vor seine Mitarbeiter stelle. Diese hätten im vorliegenden Fall versucht, mit viel Mühe im Rahmen des Bürgerservices etwas zugunsten der Anlieger zu unternehmen. Er bittet daher Herrn Lang, solche Aussagen wie „der Verwaltung falle daher seit einiger Zeit eine neue Art der Abzockerei ein“ zukünftig von diesem Ausschuss fernzuhalten, da sich rein populistisch seien.

Herr Ziffus hält den Vorschlag der Verwaltung für nachvollziehbar. Auf der anderen Seite stünden die Interessen der Anwohner, nach deren Ansicht der erste Teil der Straße noch in Ordnung sei. Problematisch sei in der Tat der Wendehammer, der durch die Wurzeln der dortigen Linde stark geschädigt sei, hier müsse dringend etwas geschehen. Er regt daher an, lediglich diesen Bereich des Wendehammers mit geschätzten Gesamtkosten von rund 3.000 € zu sanieren.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass der erste Teil der Straße aus Sicht der Verwaltung noch nicht zwingend ausgebaut werden müsste. Da es jedoch im zweiten Teil der Straße einschließlich des Wendehammers nicht möglich sei, eine vernünftige Angleichung an den ersten Teil der Straße herzustellen, ergebe sich die Notwendigkeit eines kompletten Ausbaus. Man habe zwar nach einem Kompromiss gesucht, alle Anlieger unter einen Hut zu bekommen und so in Abstimmung mit dem Ausschuss beschlossen, den Ausbau sowie die Finanzierung über privatrechtliche Verträge zu regeln. Allerdings habe sich durch den mangelnden Abschluss der Verträge gezeigt, dass dieser Form der Finanzierung die Basis entzogen worden sei.

Herr Lang beruft sich im weiteren Verlauf bezüglich der Anmerkungen aus von Seiten der Verwaltung über sein Recht auf freie Meinungsäußerung und wiederholt seinen Standpunkt in dieser Sache.

Für Herrn Mömkes lässt sich der Vorlage entnehmen, dass die Verwaltung in einem sehr intensiven Kontakt mit dem Bürger eingetreten sei und auch jetzt noch versuche, einvernehmlich eine vernünftige Sanierung der gesamten Straße zu erzielen. Hierfür dankt er der Verwaltung.

Anschließend beantragt Herr Dr. Fischer den Schluss der Debatte.

Sodann nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

8 a Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen Bergisch Gladbach"

@-> Herr Ziffus macht sich aufgrund der Risikobeschreibung Sorgen für die Zukunft des Bereiches Verkehrsflächen. Angesichts des zukünftig hohen Sanierungsaufwandes bei den Straßen im Stadtgebiet werde man mit erheblichen Mehrkosten in den Haushalten der kommenden Jahre rechnen müssen. Wenn man von jährlichen Folgekosten in Höhe von 8 % der Investitionen ausgehe, ergäbe dies bei einem Wert der Straßen von insgesamt 400 Mio. € auf jährlich rund 32 Mio. € Unterhaltungskosten. Hinzu käme die prognostizierte Verdreifachung der Gebühren für die Straßenentwässerung, so dass enorme Folgekosten auf den städtischen Haushalt zukämen, was eines der Kernrisiken für den Haushalt in den nächsten Jahren bedeute.

Unter Hinweis auf Seite 27 der Vorlage möchte Herr Dr. Fischer wissen, ob die Sonderabschreibung für die Straßenbeleuchtung darauf zurückzuführen sei, dass man vor kurzem die Erneuerung der Beleuchtung beschlossen habe. Er vertrete die Auffassung, dass diese Kosten zusammen mit den Kosten der neuen Beleuchtung abzuschreiben seien und bittet um eine entsprechende Erklärung hierzu. Ferner weist er darauf hin, dass die Tabelle auf Seite 33 der Vorlage offensichtlich in der Zeile Baukosten Driescher Kreuz einen Fehler enthalte. Bei der dort ausgewiesenen Zahl handele sich offenbar um die Summe der gesamten Maßnahmen. Weiterhin bezieht er sich auf Seite 51 der Vorlage, dort werde ausgeführt, dass die Straßenentwässerung teurer werde. Seiner Ansicht nach sei es nicht richtig, den Bereich Verkehrsflächen mit Gebühren zu belasten, die eine kalkulatorische Verzinsung von 7 % beinhalten, so dass dies in Zukunft berücksichtigt werden müsste.

Zur ersten Frage von Herrn Dr. Fischer erläutert Herr Dr. Leyh die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung. Diese würde immer dann vorgenommen, wenn erkennbar werde, dass ein Wirtschaftsgut abweichend von seiner ursprünglich geschätzten Nutzungsdauer tatsächlich einer geringeren Nutzungsdauer unterliegt. Angesichts einer noch vorhandenen Restabschreibungszeit von 2 – 3 Jahren müsse im vorliegenden Fall so vorgegangen werden.

Herr Hardt erklärt, dass es sich bei dem Fehler auf Seite 33 offensichtlich um einen redaktionellen Fehler handele. Er sagt zu, bis zur Ratssitzung eine korrigierte Fassung dieser Seite zu erstellen bzw. der Niederschrift der Sitzung beizufügen.

Herr Ziffus stellt fest, dass sich außerplanmäßige Abschreibungen durch vorausschauende Planungen für die Zukunft dadurch vermeiden lassen. In der Praxis bedeute dies, dass bei allen zu beschließenden Infrastrukturmaßnahmen aufgrund der langen Abschreibungsfristen Verpflichtungen für künftige Haushalte eingegangen würden.

Dies wird von Herrn Dr. Leyh bestätigt.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 14 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative) bei einer Gegenstimme (BfBB) und 2 Enthaltungen (FDP) den Beschluss:

<-@

@-> Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2006 in
Aktiva und Passiva mit 205.267.449,85 €

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresverlust von 12.840.099,39 €
fest.
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2006 fest.
3. Der Jahresverlust 2006 wird
 - a) in Höhe von 11.145.192,00 € durch einen verlustabdeckenden Zuschuss aus allgemeinen Haushaltsmitteln abgedeckt
 - b) in Höhe von 1.694.907,39 € dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

<-@

8 b Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das wirtschaftsjahr 2006

@->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Enthaltung (BfBB) folgenden Beschluss:

<-@

@-> **Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr erteilt die Entlastung der Betriebsleitung der Einrichtung „Verkehrsflächen“ für das Wirtschaftsjahr 2006.**

9 a <-@
Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“

@-> Für die FDP-Fraktion beantragt Herr Dr. Fischer, entgegen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Ziffer 3 den Betrag in Höhe von 100.000 € ebenfalls dem Rücklagekapital zuzuführen.

Herr Dr. Steffen erinnert an die lange Dauer zwischen dem Abschluss des Jahres 2006 und der Vorlage des Jahresabschlusses in der heutigen Sitzung, zumal für die kommende Sitzung bereits die Vorlage des Halbjahresberichtes 2008 vorgesehen sei. Er möchte daher wissen, ob hierdurch irgendwelche Nachteile in Bezug auf die Gebührenkalkulation 2009 entstünden und welche Entwicklung diese Gebühren voraussichtlich nehmen werden.

Hierzu erklärt Herr Carl, dass nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) Gebührenüber- bzw. unterdeckungen innerhalb von 3 Jahren auszugleichen sind. Darüber hinaus handele es sich bei der Abführung an den Haushalt um Überschüssen aus dem handelsrechtlichen Bereich, die gebührenrechtlich nicht relevant seien. Diese Überschüsse könnten entweder dem Eigenkapital zugeführt oder an den allgemeinen städtischen Haushalt abgeführt werden.

Diesbezüglich wiederholt Herr Dr. Fischer seinen Antrag auf Zuführung des gesamten Überschusses an die Rücklage, da durch die Erhöhung der Rücklage eine Steigerung des Eigenkapitals erzielt werde. Dies habe wiederum zur Folge, dass entsprechend geringere Fremdmittel zur Finanzierung erforderlich seien, was sich wiederum auch auf die Gebühren auswirke.

Zur Frage der Gebührenentwicklung im kommenden Jahr erklärt Herr Carl, dass der BAV bereits eine Steigerung der Gebühren um 4,5 % angekündigt habe. Angesichts der weiteren Faktoren wie steigenden Lohn- und Kraftstoffkosten sei eine Steigerung der Abfallgebühren wahrscheinlich.

Abschließend weist Herr Schmickler darauf hin, dass die Abführung an den städtischen Haushalt in den Jahren 2006 und 2007 dort als Einnahmepositionen ausgewiesen und so vom Rat beschlossen wurde.

Im Anschluss daran fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in separater Abstimmung folgende Beschlüsse:

1. Bei 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) sowie einer Nein-Stimme (BfBB):
Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2006 in Aktiva und Passiva mit

11.312.284,39 €

sowie die Feststellung der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 421.147,91 €.

2. Bei 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) sowie einer Nein-Stimme (BfBB):

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Feststellung des Lageberichtes 2006

Bezug nehmend auf den Antrag der FDP-Fraktion, den gesamten Jahresüberschuss dem allgemeinen Rücklagekapital zuzuführen, wird mit 3 Ja-Stimmen (FDP und BfBB) bei einer Enthaltung (KIDitiative) und 13 Nein-Stimmen (CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN) der Beschluss gefasst:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

Weiterhin fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr folgenden Beschluss:

3. Bei 13 Ja-Stimmen (CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN), drei Nein-Stimmen (FDP und BfBB) sowie einer Enthaltung:

Der Jahresüberschuss 2006 wird

- a) in Höhe von 321.147,91 € gemäß § 10 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt,
b) in Höhe von 100.000,00 € an den städtischen Haushalt abgeführt.

<-@

@-> <-@

9 b

Entlastung der Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2006

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Enthaltung (BfBB) folgenden Beschluss:

<-@

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr erteilt die Entlastung der Betriebsleitung des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2006.

<-@

10

Erweiterung Friedhof Herkenrath

@-> Herr Lang erinnert an die Verpflichtung zur sparsamen Verwendung von Haushaltsmitteln. Unter diesem Gesichtspunkt vertritt er die Auffassung, die Erweiterung erst dann in Angriff zu nehmen, wenn eine entsprechende Nachfrage zu verzeichnen sei.

Angesichts der zu erwartenden Zunahme von Urnenbestattungen bittet Herr Krafft um Prüfung, inwieweit auf dem Friedhof in Herkenrath eine Urnenwand errichtet werden könnte.

Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung signalisiert Herr Mömkes für die CDU-Fraktion. Man habe festgestellt, dass eine Ablehnung dieses Vorschlages zu einer Einschränkung der Bestattungsmöglichkeiten auf dem Friedhof in Herkenrath führe.

Herr Mömkes begrüßt ebenfalls den Beschlussvorschlag und hebt die Tatsache hervor, dass hier im Gegensatz zu den übrigen städtischen Friedhöfen hier mehr Bäume berücksichtigt würden, was sich wiederum positiv auf die Aufenthaltsqualität auf dem Friedhof auswirke.

Frau Kreft hält den Vorschlag der FDP-Fraktion für eine interessante Alternative, befürchtet jedoch, dass eine solche Wand im vorliegenden Falle nicht angenommen würde.

Hierzu erklärt Herr Höller, dass im Rahmen einer Bedarfsprüfung in Herkenrath lediglich 33% Urnenbestattungen festgestellt worden seien, während diese Quote im übrigen Stadtgebiet doppelt so hoch läge. Diese führe u.a. dazu, dass weitere Erdgrabflächen benötigt würden, wohingegen die Flächen für Urnengräber ausreichend seien.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDinitiative) bei einer Gegenstimme (BfBB) den Beschluss:

<-@.

@->

I. Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr stimmt der Erweiterung des Friedhofes Herkenrath zu geschätzten Baukosten von 270.000 € entsprechend der vorliegenden Entwurfsplanung zu.

II. Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr stimmt dem Einbau von 69 Flachgrabkammern auf dem vorhandenen Friedhofsteil zu geschätzten Baukosten von 140.000 € zu.

<-@.

11 I. Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Angesichts der Vorgaben durch die Rechtsprechung stellt sich für Herrn Lang die Frage, ob derartige Einschränkungen für Grabmale und Einfassungen überhaupt notwendig seien oder ob nicht anstelle dessen ein genereller Verzicht auf solche Vorschriften erfolgen könne.

Herr Krafft verweist auf den privaten Begräbniswald an der Kürtener Straße. Angesichts der Tatsache, dass dieser Begräbniswald stark frequentiert werde, gingen der Stadt enorme Einnahmen verloren. Vor diesem Hintergrund bittet er um Mitteilung, ob eine ähnliche Möglichkeit der Bestattung auf einem städtischen Friedhof angeboten werde.

Hierzu verweist der Vorsitzende auf den städtischen Begräbniswald in Hebborn.

Ergänzend führt Herr Schmickler aus, dass die Stadt auf dem Gelände des ehemals geplanten Zentralfriedhofs an der Reuterstraße in Hebborn schon lange vor Erteilung der Konzession an den privaten Betreiber einen solchen Begräbniswald eingerichtet

habe. Dieser Begräbniswald erfreue sich zunehmender Beliebtheit. Darüber hinaus partizipiere die Stadt an den Einnahmen des privaten Betreibers, dies sei im Rahmen der Konzessionserteilung so vereinbart worden.

Abschließend erklärt Herr Höller, dass der Begräbniswald an der Reuterstraße derzeit im vierten Jahr genutzt werde. Während im ersten Jahr dort 7 Beisetzungen stattgefunden hätten, seien im letzten Jahr bereits 127 Beisetzungen erfolgt, sodass die Fläche des Begräbniswaldes bereits erweitert werden musste.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDinitiative) bei einer Enthaltung (BfBB) folgenden Beschluss:

<-@

@-> Der Rat beschließt die 1. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) in der Fassung der Vorlage.

<-@

12 Straßenausbau Am Grünen Weiher

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst einstimmig den Beschluss:

<-@

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt, die Straße *Am Grünen Weiher* entsprechend der Straßenplanung Variante 2 als Mischfläche auszubauen.

<-@

13 Straßenausbau Herkenfelder Weg, Teil 2

@-> Herr Lang bittet um Erläuterung des vierten Absatzes in der Vorlage auf Seite 155 der Einladung.

Herr Kierspel möchte wissen, ob am Ende der Kleingartenanlage keine Wendemöglichkeit vorgesehen sei, da sich der Herkenfelder Weg bis zum Kombibad Paffrath fortsetze. Ein Ausbau dieses weiteren Verlaufs sei offensichtlich nicht vorgesehen, was mit der Finanzierung der Gesamtmaßnahme zusammenhänge.

Hierzu erinnert Herr Hardt daran, dass es sich um die sog. Ersterschließung der Straße nach Baugesetzbuch handele. Hierfür sei die gewählte Abschnittsbildung relevant, da der weitergehende Verlauf des Herkenfelder Weges im Außenbereich verlaufe und die hier entstehenden Kosten nicht beitragsrelevant seien. Anders als bei der vorhergehenden Straßenbaumaßnahme sei eine Wendeanlage jedoch nicht erforderlich, da es sich nicht um eine Sackgasse handele.

Herr Krafft befürchtet, dass die Grundstücke westlich des Herkenfelder Weges durch den Straßenausbau zu Bauland werden könnten.

Diesbezüglich erklärt Herr Hardt, dass es für diesen Bereich des Herkenfelder Weges einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan gibt. Durch die Herstellung der Straße ändere sich nichts an den Vorgaben des Bebauungsplanes. Hinzu käme, dass die Kosten der Maßnahme lediglich auf die Eigentümer der baulich nutzbaren Grundstücke verteilt würden.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Gegenstimme (BfBB) den Beschluss:

<-@

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt, die Straße *Herkenfelder Weg - Teil 2* entsprechend der derzeitigen Ausbauart als Mischfläche in Asphaltbauweise auszubauen.

<-@

14 **Ausbau des Weges entlang der Häuser Burgplatz 6 a - 6 k mit Anbindung an die Straße Kippekausen**

@-> Auf Nachfrage von Frau Kreft, inwieweit Herr Wagner möglicherweise in dieser Frage befangen sei, erklärt dieser, dass er Miteigentümer des Grundstückes sei. Aus diesem Grunde begibt er sich wegen Befangenheit in den Zuschauerraum.

Für die FDP-Fraktion beantragt Herr Dr. Fischer die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, da man noch Beratungsbedarf habe. So sei man noch nicht überzeugt davon, ob eine Anliefermöglichkeit für die Geschäfte in dieser Form notwendig sei. Einwände gegen eine Verbesserung des Fußweges bestünden hingegen nicht.

Frau Schneider spricht sich gegen einen Aufschub der Maßnahme aus. Es sei vernünftig, die Maßnahme zusammen mit dem Straßenausbau Kippekausen in Angriff zu nehmen. Auch gehe aus der Vorlage eindeutig hervor, dass hier keine Durchfahrtsstraße geschaffen werde, sondern dass lediglich Anlieferverkehr ermöglicht wird.

Herr Mömkes erinnert daran, dass dieser Weg lediglich ein Teil des Fußwegenetzes in Kippekausen darstelle. Im Hinblick auf den ebenfalls schlechten Zustand der übrigen Wege bittet er darum, diese ebenfalls kurzfristig in Angriff zu nehmen, soweit es sich um städtische Wege handelt.

Auf Nachfrage von Herrn Lang, wer im vorliegenden Fall für die Kosten dieser Maßnahme aufkomme, antwortet Herr Hardt, dass die Kosten der Maßnahme von der Stadt zu tragen seien, da es sich nicht um eine Maßnahme handle, die nach Baugesetzbuch bzw. Kommunalabgabengesetz abgerechnet werden könne. Allerdings setze man zum Teil auf die Maßnahme der Bank und den sich hieraus ergebenden Zuschuss. Er erinnert ferner daran, dass eine Einschränkung der Außengastronomie nicht geplant sei, diese soll in ihrer Form und Größe so erhalten bleiben. Hinsichtlich der übrigen Wege im Bereich Kippekausen müsse im Einzelfall geprüft werden, ob eine Abrechnungsfähigkeit in irgendeiner Form vorliegt.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Vertagungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Mit 2 Ja-Stimmen (BfBB und KIDitiative), 2 Enthaltungen (FDP) und 12 Nein-Stimmen (CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fasst der Ausschuss den Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion auf Vertagung wird abgelehnt.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 13 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie KIDitiative) bei 3

Enthaltungen (FDP und BfBB):

<-@

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt den Ausbau des Weges entlang der Häuser 6a – 6k bis zur Straße Burgplatz in der vorgestellten Form.

Herr Wagner kehrt nach der Abstimmung an seinen Platz zurück.

<-@

15 Ausbau der Haltestelle Alte Post in Richtung Moitzfeld

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst einstimmig den Beschluss:

<-@

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beauftragt die Verwaltung, einen Änderungsantrag im Rahmen des Zuwendungsantrages „Haltestelleneinrichtungen in Bergisch Gladbach - Ausstattung von Wartehallen“ für die Finanzierung eines behindertengerechten Ausbaus der Haltestelle *Alte Post* zu stellen und die Haltestelle gemäß der vorgestellten Planung auszubauen.

<-@

16 Umbau der Einmündung Broicher Straße im Bereich der Häuser 2 a und 8, Ergänzung der Gehweges zwischen den Häusern 1 und 9

@-> Nach Ansicht von Herrn Lang sei der Beschlussvorschlag nicht verständlich. Er könne mit dem Begriff der Wirtschaftlichkeit im vorliegenden Falle nichts anfangen, da nicht erkennbar sei, wer über diese Wirtschaftlichkeit entscheide.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass diese Frage abhängig vom noch zu erzielenden Verkaufserlös der Fläche sei. Um dennoch bereits jetzt einen entsprechenden Maßnahmebeschluss für den Umbau zu bekommen, habe man diese Bedingung in den Beschlussvorschlag mit aufgenommen.

Unter Hinweis auf den Übersichtsplan, Seite 178 der Einladung, möchte Herr Höring wissen, wo sich der zukünftige Containerstandort befindet.

Herr Dr. Fischer versteht den Beschlussvorschlag so, dass der Ausbau der Straße nur durchgeführt werde, wenn ein entsprechender Verkaufserlös erzielt werden kann. Er möchte darüber hinaus wissen, ob der Neubau der 3 Häuser im Hinterland aufgrund eines neuen Bebauungsplanes erfolge und wer Eigentümer dieser Fläche sei.

Diesbezüglich erklärt Herr Hardt, dass Grundlage für die Erteilung der Häuser ein seit 10 Jahren existierender Vorbescheid sei. Dieser sehe für die Erschließung des Grundstückes den Abschluss eines Erschließungsvertrages vor. Eigentümer des Grundstückes sei eine private Erbengemeinschaft, man habe mit dieser Erbengemeinschaft bereits einen Vertrag über den Bau eines Regenrückhaltebeckens auf dem Grundstück geschlossen. Zur Frage des Containerstandortes geht Herr Hardt davon aus, dass dieser auf einer verbleibenden städtischen Restfläche in diesem Bereich errichtet werden könne.

Ob der Verwaltung Informationen vorlägen, wonach der seinerzeit in diesem Bereich vorhandene Schacht ausreichend verfüllt worden sei, möchte Herr Ziffus wissen.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass die Bauaufsicht im Rahmen des endgültigen Baugenehmigungsverfahrens das zuständige Bergamt beteiligen wird, so dass die dort vorliegenden Erkenntnisse in die Baugenehmigung einfließen werden.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) und einer Gegenstimme (BfBB) den Beschluss:

<-@

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung der betroffenen Eigentümer und der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme, den Einmündungsbereich der Broicher Straße zwischen den Häusern 2a und 8 gemäß der vorgestellten Planung umzubauen, die vorhandene Aufpflasterung in diesem Bereich zu entfernen und den fehlenden Gehweg vor den Häusern 1 bis 9 anzulegen.

<-@

17 **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative, Eingang 30.01.2008, zur Ausgestaltung des Dorfplatzes in Schildgen**

@-> Herr Ziffus bittet darum, über den Antrag heute noch nicht zu entscheiden, da er zum Vorschlag der Verwaltung noch einen Alternativvorschlag unterbreiten möchte. Diesen Alternativvorschlag habe er vor der Sitzung an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer verteilt, nachdem er sich diesen Platz in der Örtlichkeit nochmals angeschaut habe. Seiner Ansicht nach müssten beide oder ggf. mehrere Alternativen nach einem Bewertungskatalog abgeklopft werden, ein entsprechendes Muster hierzu habe er ebenfalls vor der Sitzung verteilt. Er erläutert seinen Entwurf, der gegenüber dem Entwurf der Verwaltung seiner Ansicht nach einige Verbesserung enthält, u. a. die Pflanzung kleinerer Bäume und bittet, beide oder ggf. mehrere Varianten der Gestaltung gegenüber zu stellen, zu bewerten und diese in der ersten Sitzung des Ausschusses nach der Sommerpause dem Ausschuss vorzustellen.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass Herr Ziffus diese Vorgehensweise mit den übrigen Antragstellern abgesprochen habe.

Herr Kierspel plädiert dafür, die Gestaltung des Platzes in einem Guss und nicht in einzelnen Teilabschnitten vorzunehmen. Dringend sei in diesem Zusammenhang jedoch vor allem die Erneuerung der Drainage des Platzes.

Einen Dank an die Bürger, die diesen Antrag initiiert hätten, spricht Herr Dr. Steffen aus. Es wäre schön, wenn dieses Beispiel Schule machen könnte. Angesichts einer ohnehin erst im Herbst möglichen Pflanzung spricht auch er sich für eine Vertagung aus.

Auch Herr Dr. Fischer hält das Engagement der Bürger in diesem Fall für lobenswert. Auch seine Fraktion könne mit einer Vertagung leben, er regt jedoch an, die an einem Punkt vorhandene Tieflage auf dem Platz einzuebnen, um so Pfützen zu vermeiden.

Herr Lang zeigt sich ebenfalls mit einer Vertagung einverstanden.

Somit besteht nach Ansicht des Vorsitzenden Einvernehmen darüber, den

Tagesordnungspunkt in die kommende Sitzung des Ausschusses zu verschieben.

<-@

@-> <-@

18

Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2008, die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen ggf. mit Fördermitteln ein nachhaltiges Energiekonzept für die Stadt Bergisch Gladbach zu initiieren

@-> Herr Mömkes erklärt, dass es bei dem Antrag seiner Fraktion im Wesentlichen darum gehe, Fördermitteln aus EU-Mitteln zu erlangen und diese Fördermittel für eine nachhaltige Energienutzung einzusetzen.

Diesbezüglich möchte Frau Schneider wissen, wie der Sachstand hinsichtlich des Beitritts zur Kampagne SolarLokal sei.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass die Stadt dieser Kampagne zwischenzeitlich beigetreten sei.

Ergänzend hierzu bittet Frau Schneider, die Bürger über diesen Beitritt zu informieren und auf diese Kampagne hinzuweisen.

Herr Kremer erinnert daran, dass lediglich eine Person in seinem Fachbereich für Energiefragen zuständig sei. Er sagt jedoch zu, die entsprechenden Informationen in Kürze an die Bürger weiterzugeben.

Ein Lob an den Antragsteller für diesen Antrag spricht Herr Dr. Steffen für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN aus und stellt gleichzeitig die Unterstützung seiner Fraktion in Aussicht.

Herr Rosen spricht ebenfalls seine Unterstützung für diesen Antrag aus. Er bittet jedoch, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass auch die Bürger mit in die Frage der zukünftigen Energieversorgung einbezogen werden, da diese den Großteil der Energieverbraucher in dieser Stadt ausmachen.

Hierzu erklärt Herr Kremer, dass dies eines der Ziele im Prozess sei. Es habe in der Vergangenheit eine Reihe von Anträgen zur Energiewirtschaft gegeben, die aufgrund des nunmehr vorliegenden Antrages gestaffelt werden sollen.

An die Anfrage seiner Fraktion zur Kampagne SolarLokal erinnert Herr Höring. Ferner bittet er um Mitteilung, wann die Verwaltung gedenkt, über die Fördermöglichkeiten zu berichten.

Herr Kremer weist darauf hin, dass es hierzu noch keine definitive Aussage gebe, da nicht absehbar sei, wann Projektmittel durch die EU zur Verfügung gestellt würden. Ziel müsse es vielmehr sein, jetzt mit dem Projekt zu beginnen und den Ausschuss bzw. den Rat sukzessive über die weiteren Schritte zu informieren. Allerdings könne zum heutigen Zeitpunkt kein genauer Zeitplan aufgestellt werden. Er sagt zu, im Juli den Kontakt mit den entsprechenden Stellen aufzunehmen, so dass möglicherweise in der kommenden Sitzung bereits ein erster Sachstand mitgeteilt werden könne. Voraussichtlich werde der erste Ansatz zur Beantragung der Fördermittel jedoch im Frühjahr 2009 liegen, so dass die ersten Schritte im Herbst 2009 umgesetzt werden könnten. Angesichts des Auslaufs des bestehenden Energie-Contractings Ende 2014

habe man die Schritte jedoch so gewählt, dass diese in die Fortsetzung des Contractings einbezogen werden können.

Für Herrn Lang ist es selbstverständlich, sich auch ohne einen solchen Antrag für eine sinnvolle Energienutzung einzusetzen. Er halte daher nichts davon, der Verwaltung einen solchen Auftrag zu erteilen, da die dort geschilderte Vorgehensweise für ihn selbstverständlich erscheint.

Diesbezüglich bittet Herr Kremer Herrn Lang, sich die Sache in der Verwaltung anzusehen um zu erkennen, dass dieser Part bereits umgesetzt werde. Da es sich jedoch um die Beantragung von EU-Mitteln handele, sei die Verwaltung nicht selbstverständlich tätig. Aus diesem Grunde stelle der Antrag eine Unterstützung dahingehend dar, auch auf dieser Ebene tätig werden zu dürfen.

Herr Ziffus erinnert an eine Statistik, wonach im Gebäudebereich 40 % der Energie und im Verkehrsbereich 28 % der Energie verbraucht werde. Seiner Ansicht nach könnten die angestrebten Daten ohne gravierende Veränderungen der Siedlungsstruktur und der Verkehrsentwicklungspolitik nicht erreicht werden. In diesem Zusammenhang gebe die Luftgüteuntersuchung aus dem Jahre 1990 eine ausreichende Hilfestellung über die einzuleitenden Maßnahmen in beiden Bereichen.

Daran, dass sich das Emissionsverhalten in den letzten 18 Jahren gewandelt haben dürfte, erinnert Herr Schmickler.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig den Beschluss:

<-@

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Verwaltung zu beauftragen, Möglichkeiten zu prüfen, mit Förderungsmitteln ein nachhaltiges Konzept für eine energieeffiziente Stadt aufzustellen und umzusetzen.

<-@

19 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 zum Umbau der Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße

@-> Herr Mömkes begründet den Antrag dahingehend, dass sowohl der Rat wie auch die Verwaltung seit Jahren an einer Verbesserung der Verkehrssituation bemüht sind. Sofern in naher Zukunft der Parkplatz an der Buchmühle im Zuge der Regionale 2010 wegfielen und andere Parkmöglichkeiten im Bereich der oberen Hauptstraße geschaffen würden, käme es zwangsläufig zu einer Veränderung der Verkehrsströme auch in diesem Bereich, womit auch eine Veränderung dieses Kreuzungsbereiches einhergehe.

Nach Ansicht von Frau Krefft handelt es sich bei der Kreuzung um einen neuralgischen Punkt. Sie zeigt sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden, in der kommenden Sitzung des Ausschusses eine Lösungsmöglichkeit zu finden. Soweit hierzu formal eine Vertagung beantragt werden müsse, würde sie dies hiermit tun.

Ergänzend führt Herr Mömkes aus, seine Fraktion möchte durch den Antrag erreichen, dass die verschiedenen Optionen und deren Finanzierungsmöglichkeiten

präsentiert werden, damit noch in diesem Jahr eine Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Lang möchte wissen, wer das Gutachten bestellt habe und welche Kosten hierdurch entstanden seien. Für die kommende Sitzung bittet er um Prüfung der Frage, ob allein durch eine Veränderung der Lichtsignalanlage ohne den Abriss von Häusern die Möglichkeit geschaffen werden könne, aus der Odenthaler Straße heraus nach links auf die obere Hauptstraße abbiegen zu können. Er vertritt die Auffassung, dass diese Form der Verkehrsführung ausprobiert werden solle. Des weiteren stellt er den Antrag, den Straßenzug Am Mühlenberg/Vollmühlenweg in eine 30er-Zone umzuwandeln.

Daran, dass es für diesen Bereich in der Vergangenheit schon eine Vielzahl von Überlegungen gegeben habe, erinnert Herr Ziffus. Seiner Ansicht nach bringe eine vierte Spur im Bereich westlich des Kreuzes nichts, wobei er nur minimale Eingriffe in die bauliche Substanz rund um die Villa Zanders befürwortet. Veränderungen könnten seiner Ansicht nach nur im Bereich des Viktoria-Kinos vorgenommen werden, dessen Gebäudesubstanz er nicht für erhaltenswert erachtet. Insofern müsse man eine Verschiebung der Kreuzung um 10 – 15 Meter ostwärts ebenfalls in Erwägung ziehen.

Herr Schmickler bittet darum, in der heutigen Sitzung noch nicht in die Detaildiskussion einzusteigen. Er verweist darauf, dass Herr Krause von der Stadtplanung einen kurzen Überblick über die derzeitigen Aktivitäten in diesem Bereich gibt.

Sodann erklärt Herr Krause, dass derzeit in der Stadtmitte von Bergisch Gladbach mehrere Stellen bearbeitet würden. Nach dem Driescher Kreuz, welches sich derzeit in der Ausführung befinde, würde die Bepflanzung des Knotens Odenthaler Straße/obere Hauptstraße ebenso wie des Bereichs der Schnabelmühle anstehen. Hinzu käme das Parkraumkonzept, welches Gegenstand eines anderen Antrages der heutigen Sitzung sei. All diese Untersuchungen unter einen Hut zu bringen sei Aufgabe für die nahe Zukunft. Zum Parkraumkonzept gebe es eine Bedarfsanalyse, in einem zweiten Schritt seien die Alternativen für die wegfallenden Stellplätze nebeneinander untersucht worden, ohne eine zu starke Bewertung vorzunehmen. Somit bestehe die Möglichkeit, diese Alternativen zu vergleichen. Er schlägt vor, die verschiedenen Punkte als Gesamtkonzept zu diskutieren und nicht lediglich die einzelnen Punkte, zumal den Fraktionen die jeweiligen Informationen aus den Gutachten zur Verfügung gestellt wurden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass unter den Ausschussmitglieder Einvernehmen besteht, das Gesamtkonzept in den Sitzungen der zuständigen Ausschüsse nach der Sommerpause zu erörtern.

Herr Mömkes begründet den Antrag dahingehend, dass sowohl der Rat wie auch die Verwaltung seit Jahren an einer Verbesserung der Verkehrssituation bemüht sind. Sofern in naher Zukunft der Parkplatz an der Buchmühle im Zuge der Regionale 2010 wegfielen und andere Parkmöglichkeiten im Bereich der oberen Hauptstraße geschaffen würden, käme es zwangsläufig zu einer Veränderung der Verkehrsströme auch in diesem Bereich, womit auch eine Veränderung dieses Kreuzungsbereiches einhergehe.

Nach Ansicht von Frau Kreft handelt es sich bei der Kreuzung um einen neuralgischen Punkt. Sie zeigt sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden, in der kommenden Sitzung des Ausschusses eine Lösungsmöglichkeit zu finden. Soweit hierzu formal eine Vertagung beantragt werden müsse, würde sie dies hiermit tun.

Ergänzend führt Herr Mömkes aus, seine Fraktion möchte durch den Antrag erreichen, dass die verschiedenen Optionen und deren Finanzierungsmöglichkeiten präsentiert werden, damit noch in diesem Jahr eine Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Lang möchte wissen, wer das Gutachten bestellt habe und welche Kosten hierdurch entstanden seien. Für die kommende Sitzung bittet er um Prüfung der Frage, ob allein durch eine Veränderung der Lichtsignalanlage ohne den Abriss von Häusern die Möglichkeit geschaffen werden könne, aus der Odenthaler Straße heraus nach links auf die obere Hauptstraße abbiegen zu können. Er vertritt die Auffassung, dass diese Form der Verkehrsführung ausprobiert werden solle. Des Weiteren stellt er den Antrag, den Straßenzug Am Mühlenberg/Vollmühlenweg in eine 30er-Zone umzuwandeln.

Daran, dass es für diesen Bereich in der Vergangenheit schon eine Vielzahl von Überlegungen gegeben habe, erinnert Herr Ziffus. Seiner Ansicht nach bringe eine vierte Spur im Bereich westlich des Kreuzes nichts, wobei er nur minimale Eingriffe in die bauliche Substanz rund um die Villa Zanders befürwortet. Veränderungen könnten seiner Ansicht nach nur im Bereich des Viktoria-Kinos vorgenommen werden, dessen Gebäudesubstanz er nicht für erhaltenswert erachtet. Insofern müsse man eine Verschiebung der Kreuzung um 10 – 15 Meter ostwärts ebenfalls in Erwägung ziehen.

Herr Schmickler bittet darum, in der heutigen Sitzung noch nicht in die Detaildiskussion einzusteigen. Er verweist darauf, dass Herr Krause von der Stadtplanung einen kurzen Überblick über die derzeitigen Aktivitäten in diesem Bereich gibt.

Sodann erklärt Herr Krause, dass derzeit in der Stadtmitte von Bergisch Gladbach mehrere Stellen bearbeitet würden. Nach dem Driescher Kreuz, welches sich derzeit in der Ausführung befinde, würde die Beplanung des Knotens Odenthaler Straße/obere Hauptstraße ebenso wie des Bereichs der Schnabelsmühle anstehen. Hinzu käme das Parkraumkonzept, welches Gegenstand eines anderen Antrages der heutigen Sitzung sei. All diese Untersuchungen unter einen Hut zu bringen sei Aufgabe für die nahe Zukunft. Zum Parkraumkonzept gebe es eine Bedarfsanalyse, in einem zweiten Schritt seien die Alternativen für die wegfallenden Stellplätze nebeneinander untersucht worden, ohne eine zu starke Bewertung vorzunehmen. Somit bestehe die Möglichkeit, diese Alternativen zu vergleichen. Er schlägt vor, die verschiedenen Punkte als Gesamtkonzept zu diskutieren und nicht lediglich die einzelnen Punkte, zumal den Fraktionen die jeweiligen Informationen aus den Gutachten zur Verfügung gestellt wurden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass unter den Ausschussmitglieder Einvernehmen besteht, das Gesamtkonzept in den Sitzungen der zuständigen Ausschüsse nach der Sommerpause zu erörtern.

<-@

20 **Antrag der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 zu Änderungen im Bereich Fußweg Peter-Bürling-Platz zur Stadtbahn Linie 1**

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nimmt den Antrag sowie die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

<-@

21 **Antrag der CDU-Fraktion vom 26.05.2008 zur Erweiterung/zum Neubau einer Parkfläche im Bereich obere Hauptstraße**

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nimmt den Antrag sowie die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

<-@

22 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> Frau Schu:

Ich möchte mich zunächst für die Beantwortung meiner Anfrage aus der letzten Sitzung bedanken, obwohl diese mich nicht ganz zufrieden stellt. Dort steht, dass der Mangel der ausführenden Firma mitgeteilt wurde und zur Rechnungsstellung zu beseitigen sei. Besteht die Möglichkeit, den Zeitraum zur Rechnungsstellung etwas einzugrenzen?

Des Weiteren hat der Ausschuss im Jahr 2007 auf Antrag der CDU-Fraktion die Einrichtung alternierenden Parkens in der Straße Neuenweg beschlossen, dies wurde bis heute jedoch noch nicht umgesetzt. Bis wann ist hier mit der Umsetzung zu rechnen.

Seitens der Verwaltung wird eine schriftliche Beantwortung der beiden Fragen zugesagt.

Herr Dr. Fischer:

Unsere Fraktion hatte zur Situation Haydnstraße/Bachstraße eine Anfrage an die Verwaltung gerichtet. Wann wird diese Anfrage beantwortet?

Ferner wurde im letzten Planungsausschuss die Planung für die Bahnunterführung Tannenbergsstraße vorgestellt. Wir stellen uns jedoch die Frage, warum eine solche wichtige verkehrliche Untersuchung nicht hier im Ausschuss vorgestellt wurde, zumal übergeordnete verkehrliche Belange betroffen sind. Ist geplant, dieses Thema in der kommenden Sitzung des AUIV nochmals zu diskutieren?

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass die verkehrliche Frage, welche Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens ist, durchaus in der kommenden Sitzung des AUIV diskutiert werden könnte, soweit dies vom Ausschuss so gewünscht werde. Da der Planungsausschuss sich mit dieser Frage jedoch im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplanes befasst habe und die Verwaltung stets den Grundsatz vertrete, dass sich lediglich einer der Ausschüsse dieser Thematik annehmen solle, sei eine doppelte Beratung in unterschiedlichen Ausschüssen seiner

Ansicht nach nicht zwingend erforderlich.

Herr Rosen:

Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Zielen für den Haushalt 2009 befasst. Wann befasst sich der AUIV mit seinen Zielen für seinen Zuständigkeitsbereich bezogen auf den Haushalt 2009? Ich befürchte, dass hier kurz vor der Verabschiedung des Haushaltes etwas über das Knie gebrochen wird, zumal in der Ratssitzung Ende letzten Jahres zugesagt wurde, hierfür in den einzelnen Fachbereichen Arbeitskreise einzurichten.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass das im Jugendhilfeausschuss praktizierte Modell ausdrücklich nicht in allen anderen Bereichen zeitlich so durchgeführt werden soll. Zwar war es grundsätzlich von der Verwaltung gewünscht, diese Ziele noch zu verfeinern und in den maßgeblichen Sitzungen zu erörtern, angesichts der umfangreichen Beratungspakete im Bereich der Stadtentwicklungsplanung und Schulentwicklungsplanung mache es Sinn, erst diese Pakete abzuarbeiten und dann entsprechende Ziele zu formulieren. Aus diesem Grunde würden zusammen mit dem Haushalt 2009 lediglich die Haushaltsziele mit eingebracht, während die übrige Zieldiskussion erst später geführt werde.

Herr Ziffus:

Die Verkehrssituation des geplanten Lidl-Marktes an der Kölner Straße in Bensberg erscheint uns sehr obskur. Gibt es hierzu Daten, wie die Erschließung zukünftig funktionieren soll?

Darüber hinaus bitte ich, die Radwege an der Bensberger Straße im Bereich der Fa. Zanders freizuschneiden, gleiches gilt für den Bereich der Baumscheiben im Bereich der Berufsschule. Entsprechendes gilt für das Zurückschneiden der Bäume auf dem Refrather Weg im Bereich Finanzamt, da hier herunterhängende Äste bei Regen das Radfahren erschweren.

Frau Schneider:

Ist es möglich, den Tagesordnungspunkt B 5 aus dem nichtöffentlichen Teil zu verschieben, zumal es sich hierbei um eine Mitteilungsvorlage handelt?

Diesbezüglich erinnert Herr Kremer daran, dass Herr Dr. Togler als Referent extra für diesen Punkt angereist sei.

Herr Komenda:

Besteht die Möglichkeit, die Müllsituation hinter dem Löwen-Center in Bensberg auf dem dortigen Grundstück zu verbessern?

Hierzu erinnert Herr Schmickler an die bevorstehende Umstrukturierung des Objektes. Ziel für die Zukunft sei u.a. die Verbesserung der Optik in diesem Bereich. Bei dem jetzigen Betreiber sehe er jedoch keinerlei Chancen auf eine kurzfristige Verbesserung.

Hinsichtlich des von verschiedenen Mitgliedern des Ausschusses vorgetragenen Wunsches auf Vorziehen des Tagesordnungspunktes B 5 in den öffentlichen Teil der Sitzung erklärt Herr Schmickler, dass dieser Punkt durchaus öffentlich beraten werden könne. Angesichts des bereits vorliegenden Antrages auf Vertagung müsse dann jedoch nach der Geschäftsordnung die Gelegenheit geboten werden, zur Sache zu sprechen, was wiederum nur Sinn mache, wenn man den Sachvortrag gehört habe.

Ob und inwieweit eine mögliche Vertagung des Punktes zu terminlichen Schwierigkeiten führt, möchte Herr Dr. Fischer wissen.

Diesbezüglich verweist Herr Wagner auf die gesetzlichen Vorgaben des § 61 a LWG. Demnach müssten bis 2015 rund 26.000 Hausanschlüsse im Stadtgebiet auf Dichtigkeit hin überprüft werden. Dies bedeute wiederum, dass man in einem gewissen Zugzwang stehe, auch wenn noch nicht abschließend geprüft worden sei, ob durch das zuständige Ministerium in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung eine Verlängerung dieser Frist genehmigt werde.

Sodann fragt der Vorsitzende, ob Wortmeldungen zur Sache bestehen, was jedoch nicht der Fall ist.

Anschließend fasst der Ausschuss bei 2 Enthaltungen (je eine aus den Reihen der CDU und der SPD) mit 15 Ja-Stimmen einstimmig den Beschluss:

Die Beratung über den Tagesordnungspunkt B 5 – Umsetzung des § 61 a LWG (Dichtheitsprüfung von privaten Abwasseranlagen) – wird vertagt.

Anschließend schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.47 Uhr und bedankt sich bei den noch anwesenden Zuhörern für deren Aufmerksamkeit.

<-@.

gez. Cüpper
Vorsitzender

gez. Schmitz
Schriftführer